

Thurgauer Zeitung

www.thurgauerzeitung.ch

stgail

Ausstellung verlängert
bis 29. Januar 2012

THURGAU

UNTERSEE UND RHEIN
Manche stehlen sogar
auf dem Friedhof 49

ROMANSHORN
Eissportzentrum feiert
10-Jahr-Jubiläum 63

SULGEN
Teilerfolg für Petition
gegen die BTS 67

TRAUERANZEIGEN
Otschweiz 43
Thurgau lokal 74/75

FOCUS

iPhone 4 S

Apple-Jünger standen
für ein Smartphone
Schlange 12

Salzkorn

Dass die EU und insbesondere die Eurostaaten alle Hebel in Bewegung setzen, damit aus der aktuellen Schuldenkrise nicht ein Finanzkollaps wird, kann man gut verstehen. Nicht so einfach verständlich dagegen ist ein Mittel, das dabei eingesetzt wird: eben der sogenannte Hebel. Er besteht im wesentlichen aus staatlichen Garantien für Kredite an Problemländer. Dank dieser Sicherheiten soll es möglich sein, die riesigen finanziellen Lasten mit nicht ganz so riesigen Aufwand zu stemmen.

Irgendwie erinnert das alles an jene Geschichte vom weisen Bettler. Der Mann hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, bei grossen Gaben dem Spender hundertfache, bei geringeren dagegen tausend- oder gar hunderttausendfache Vergeltung von Gott zu wünschen. Wer wenig gebe, sei wohl selber wenig begabter, dachte er sich. Entsprechend misse er einer solchen Person mehr wünschen. Deren: «Soll ich das Meinige auch noch dazu beitragen, dass zuletzt die Reichen alles bekommen?» Die Geschichte – versteht sich – ist von Johann Peter Hebel. sth

www.VgT.ch

- was andere Medien
totschweigen

Verein gegen Tierfabriken Schweiz

HSG-Professor Manfred Gärtner will Bankgeheimnis abschaffen

THOMAS GRIESSER KYM

ST.GALLEN. «Wenn soziale Gerechtigkeit und Demokratie wichtig sind, der muss in Richtung Abschaffung des Bankgeheimnisses denken.» Das fordert im Interview HSG-Professor Manfred Gärtner als Fazit seiner Studie, in der er die Wirkung des Bankgeheimnisses in der Schweiz untersucht hat.

Die Verrechnungssteuer von 35 Prozent führt dazu, dass Steuerpflichtige sich finanziell besser

stellen können, wenn sie in der Steuererklärung ihre Kapitaleinkommen nicht vollständig deklarieren, sobald der Grenzsteuersatz die 35-Prozent-Marke übersteigt.

«Versuchung zur Hinterziehung»

In diesem Fall behält das Steueramt die vorgängig von der Bank des Steuerpflichtigen abgezogene Verrechnungssteuer ein. Und das Bankgeheimnis behindert den Steuer-

erpflichtigen davor, seine wahre Vermögens- und Einkommensverhältnisse offenlegen und mehr Steuern zahlen zu müssen. «Das verstärkt die Versuchung zur Hinterziehung von Kapitaleinkommen deutlich, wenn Vermögen vorhanden ist und Vermögenssteuer anfalls», kritisiert Gärtner.

Steuer greift in Innerhoden

In seiner Studie hat Gärtner herausgefunden, dass in 21 von

26 Kantonen der Grenzsteuersatz mit steigendem Einkommen früher oder später die 35-Prozent-Marke übersteigt. Nur in fünf Kantonen, darunter Appenzell Innerrhoden, sind die Einkommenssteuersätze so tief, dass die Verrechnungssteuer über die ganze Bandbreite der Einkommen greift, sich Steuerhinterziehung für Gutverdienende also nicht lohnt. Am häufigsten lohnt sie sich dagegen im Kanton Gené. wirtschaft 32



Griechenland ist empört

Wie hier in Thessaloniki protestierten gestern in mehreren Städten Griechenlands die Menschen gegen die Beschlüsse des Eurokrisenipfels und gegen die eigene Regierung. Die

Demonstrationen fielen auf den Tag, an dem das Land des Eintritts in den Zweiten Weltkrieg gedenkt. Deutschland war auch deshalb eine Zielscheibe des Protests. ausland 7

Klöti und Tinner stehen bereit

Als erste Partei haben die St. Galler Freisinnigen ihre Kandidaten für die Regierung bekanntgegeben – es sind dies: Martin Klöti und Beat Tinner.

REGULA WEIK

ST.GALLEN. Fünf Tage nach der Wahl von Regierungsrätin Karin Keller-Sutter als Ständerätin lanciert die St. Galler FDP zwei mögliche Nachfolger. Bereit stehen der Wartauer Gemeindepräsident und St. Galler Kantonsrat Beat Tinner sowie der Arboner Stadtammann und Thurgauer Kantonsrat Martin Klöti. Die Gesamt Erneuerungswahl der Regierung findet im März 2012 statt. Seit

einem halben Jahr sehen mit zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten Gespräche geführt worden, hält die Partei fest.

Doppelvertretung halten

Die Freisinnigen sind überzeugt, mit dem beiden Kandidaten die Doppelvertretung in der siebenköpfigen St. Galler Regierung halten zu können. Wer schliesslich neben dem bisherigen Regierungsrat und Bauchf Willi Haag

auf das Ticket kommt, entscheidet die kantonalen Delegierten Anfang Dezember. Weitere Kandidaturen sind möglich.

Zweiter freier Sitz

Zurücktreten wird also SP-Regierungsrätin Kathrin Hilber, FDP und SP müssen je einen freien Sitz verteidigen. Die SVP strebt einen zweiten Sitz an. Die CVP-Regierungsräte dürfen wieder antreten. kanton thurgau 37 region arbon 61

Max Vögeli will Gemeindeammann bleiben

WEINFELDEN. FDP-Ständeratskandidat Max Vögeli werde sein Gemeindeammann nach einer allfälligen Wahl abgeben, war im Wahlkampf immer wieder zu hören. Vögeli gibt nun Gegensteuer. Er will bleiben Amman nach einer Wahl am 12. November. Er behält, wie er gegenüber der TZ erklärt, Organisatorisch sei dies möglich. Vögeli will die Amtschefs der Weinfelder Verwaltung stärker einbinden: das Team sei angespielt und bereit dazu. Einen Teil seiner Sitzungsstunden als Ständerat würde er zudem der Gemeinde abtreten. Die CVP will das Doppelmandat nicht thematisieren, sondern die Qualitäten ihrer Kandidatin Brigitte Hilber betonen. (thl) kanton thurgau 33

Alt Bundesrat spricht in Amriswil

AMRISWIL. In den letzten Tagen, nach dem Tod von Muanmar Gathar, wurde alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz oft auf die Libyen-Affäre angesprochen. Dem versierten Politiker steht die Finanzpolitik aber näher. In Amriswil wird er am 3. November auch zu diesem Thema sprechen. Die Oberthurgauer als Ständerat kennt Merz nicht persönlich – allerdings sind ihm zwei Amriswiler Unternehmen durchaus ein Begriff. (rk) region arbon 65

Umweltverbände gegen Erhöhung

FRAUENFELD. Verkehrte Welt bei der Erhöhung der Verkehrsabgaben: VCS und Pro Natura Thurgau sind dagegen, die Birgerlichen dafür. VCS und Pro Natura stossen sich daran, dass die geplante Erhöhung die Oberlandstrasse finanzieren soll. Der VCS nennt die Erhöhung ungerecht gegenüber der Landbevölkerung, die auf ihre Autos angewiesen sei. Pro Natura kritisiert die Prognosen des Kantons über die Erträge als abenteuerlich. (mku) kanton thurgau 35

SCHWEIZ-EU

Die Bilanz des Botschafters

Kaum ein Botschafter in der Schweiz war in den letzten Jahren so präsent wie er: Michael Heiterer – offizieller Vertreter der Europäischen Union in Bern. Mit seinen Voten provozierte er regelungsmässige heftige Reaktionen, einzelne EU-Gegner hätten ihn am liebsten ausser Landes gewiesen. Am 31. Dezember endet seine Amtszeit. Im Interview mit unserer Zeitung erklärt

Heiterer, gegen welche Vorurteile er immer noch kämpft. Und er sagt, warum die Schweiz nicht in die EU eintritt, obwohl sie nicht Mitglied ist. «Die Europäische Union hat den Raum der Demokratie und der Stabilität in Europa erweitert.» Er stellt aber auch klar: Die Schweiz muss sich entscheiden, wie sie ihre Beziehung zur EU künftig gestalten will. (ar) thema 3

